



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz  
e.V., Prinz-Albert-Str. 73, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33,  
Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de),  
Internet: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

# AKU

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau  
c/o Siedlerweg 7, 48599 Gronau  
Tel.: 02562/23125,  
Email: [info@aku-gronau.de](mailto:info@aku-gronau.de)  
Internet: [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)

# NUG

Natur- und Umweltschutzverein  
Gronau e. V.,  
Mitglied der Landesgemeinschaft  
Naturschutz und Umwelt (LNU)  
NRW e.V.



Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt  
Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU)  
Heinrich-Lübke-Str. 16, 59759 Arnsberg  
Tel. 02932 / 4201, Fax 02932 / 54491  
E-Mail: [LNU.NRW@t-online.de](mailto:LNU.NRW@t-online.de),  
Internet: [www.lnu-nrw.de](http://www.lnu-nrw.de)

## Pressemitteilung

Bonn, Gronau, 20.05.05

### **Gronauer Uranfabrik bleibt auch nach der NRW-Landtagswahl ein heißes Thema / Bürgerinitiativen und Verbände streiten erstmals mit einer Petition gegen die Urananreicherungsanlage (UAA)**

Die Gronauer Urananreicherungsanlage ist ein brisanter landes- und bundespolitischer Streitgegenstand und wird es auch nach der NRW-Landtagswahl am Sonntag (22.05.) bleiben. Mit einem Petitionsantrag an den Petitionsausschuß des Bundestages wollen jetzt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU), der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e. V. "eine neue Sandform" in das Getriebe der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau streuen: Weil auch in Gronau die Entsorgung der strahlenden Uranabfälle völlig ungelöst ist, weil die Anlage ohne jeglichen Schutz gegen Flugzeugabstürze ausgebaut werden soll und weil der dauerhafte UAA-Betrieb sowie der im Februar genehmigte Ausbau der UAA gegen den Geist des Atomausstiegs-Gesetz verstoßen, soll das nordrhein-westfälische Energieministerium auferlegt bekommen, die Genehmigung zum Ausbau der UAA und die früher erteilten Betriebsgenehmigungen aufzuheben. Hilfsweise soll beantragt werden, daß die Düsseldorfer Genehmigungsbehörde das Genehmigungsverfahren zum Ausbau der UAA, incl. Neubau eines "Zwischenlagers" für rund 60.000 Tonnen Uranoxid, neu aufrollt.

Udo Buchholz, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied: *"Das Genehmigungsverfahren weist nach unserer Auffassung erhebliche Mängel auf. Für den Ausbau der UAA und für den Neubau der Uranlagerhalle hätten zeitlich getrennte Verfahren durchgeführt werden müssen. Bei dem kombinierten Verfahren haben viele Bürgerinnen und Bürger nicht erkannt, daß auch ein "Zwischenlager" gebaut wird, da immer nur vom Ausbau der UAA die Rede war. Dementsprechend haben sie ihre Einspruchsmöglichkeiten nicht ausreichend wahrnehmen können."* Außerdem wurde nach Abschluß des Erörterungstermins zum UAA-Ausbau noch die Errichtung eines Erdwalls an der UAA in das Verfahren eingeführt, dessen konkrete Bedeutung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Radioaktivitätsfreisetzungen aus der UAA und den Uranlagern

nicht bekannt ist. Darüber hinaus sollen auch die Themen "militärische Aspekte der Urananreicherung" und "Umweltbelastungen durch Uranabbau" in den Petitionstext einfließen. Aus Sicht des Naturschutzes wird u.a. bemängelt, daß mit dem Ausbau der UAA ein erheblicher Flächenverbrauch verbunden ist, und daß das Vorhandensein von Amphibien nicht ausreichend untersucht wurde.

Nach Angaben der Bürgerinitiativen hätte bis zum Wochenende eine Klage gegen den Ausbau der UAA Gronau beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster eingereicht werden können. In der Vergangenheit hat der Atomsenat beim OVG Münster in ähnlichen Fällen jedoch fast immer zugunsten der Atomindustrie entschieden. Nach diesen schlechten Erfahrungen mit Abweisungen mehrerer Klagen gegen die UAA und gegen das Ahauser Castorlager besteht nach Ansicht der Bürgerinitiativen beim OVG Münster trotz vorliegenden, schwerwiegenden Sachargumenten kaum eine Aussicht auf Erfolg. Aus diesem Grund wird das Oberverwaltungsgericht in dieser Angelegenheit seitens der Bürgerinitiativen ignoriert und es werden andere Widerstandswege gegen die UAA Gronau eingeschlagen. So wird nach Angaben der Initiativen nun erstmals in der Geschichte des UAA-Widerstandes der Petitionsausschuß des Bundestages angerufen. Im Sommer wird der BBU gemeinsam mit den örtlichen Gruppen in Gronau eine sachlich fundierte Petition einreichen.

Neben der Petition werden die Bürgerinitiativen weiterhin mit verschiedenen Aktionen gegen Betrieb und Bau der UAA demonstrieren. Am 5. Juni beginnt traditionell wie an jedem ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der UAA (Stadtosten, Röntgenstraße) der monatliche Protest-Sonntagsspaziergang. Weiterhin wird auch zukünftig versucht, Urantransporte z. B. von Gronau nach Rußland, zu verhindern.

Spenden für die Ausarbeitung der Petition und für weitere Aktionen gegen die UAA Gronau werden auf das Konto des Natur- und Umweltschutzvereins Gronau (NUG) e. V. erbeten: Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Konto: 143 196 100. Stichwort: UAA NEE!

Informationen zur UAA Gronau gibt es im Internet unter [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de) oder telefonisch unter 02562-23125.